

Erscheint  
wöchentlich drei  
mal und zwar  
Dienstags,  
Donnerstags u.  
Sonntags.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Inserate:  
Für den Raum  
einer Spalten-  
zeile 12 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: G. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnemen.  
vierteljährlich  
12 Ngr.  
incl. Bringers-  
lohn.

Dieses Blatt ist  
auch für obigen  
Preis durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Bei mehrmaliger Aufgabe von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. d. „Amts- und Anzeigebblattes.“

### Öffentliche Vorladung.

Erneuert wird andurch die in Nr. 69 des Amts- und Anzeigebblattes für den Gerichtsamtbezirk Eibenstock von diesem Jahre am Auguste verhehl. Schreier geb. Hecker aus Schönheide erlassene öffentliche Vorladung, mit dem an alle Gerichts- und Polizeibehörden ergehenden Ersuchen, genannte Frauensperson im Betretungsfalle zur Haft zu bringen und mittelst Schubes anher zu dirigiren.  
Eibenstock, 5. Juli 1872.

Königliches Gerichtsamt.  
Landroth.

Cyfrig, Referendar.

### Bekanntmachung.

Diejenigen Ortsgerichte des hiesigen Amtsbezirks, welche die Anzeige über die erste diesjährige Revision der Feuerstätten u. s. w. noch nicht erstattet haben, werden an sofortige Erledigung dieses Rückstandes hiermit erinnert.  
Königliches Gerichtsamt Eibenstock, den 5. Juli 1872.

Landroth.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Berlin. Wie aus zuverlässiger Quelle der „M. Z.“ geschrieben wird, hat am 2. Juli hier eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, in welcher über die Angelegenheit des Bischofs von Ermeland verhandelt und beschlossen wurde, die Amts- und Temporalienverträge über denselben zu verhängen. Morgen wird Graf Eulenburg (einer anderen Mittheilung zufolge der Kultusminister Falk) nach Gmü reisen, um diesen Beschluß dem Könige zur Genehmigung zu unterbreiten. Das wäre ein Beschluß von eminenter Wichtigkeit. Er ist gefaßt worden, nachdem Geheimrath Wagener aus Bargin zurückgekehrt war. Daß der Kaiser mit der Politik des Fürsten Bismarck einverstanden ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Versuche der Ultramontanen, den Kaiser von seinem Ministerium zu trennen, sind ja, wie die „Köln. Volksztg.“ selbst berichtet hat, gescheitert, wie dies jeder, der den festen Charakter des Kaisers kennt, voraussehen konnte. Die Entschliebung des Staatsministeriums bedeutet gewissermaßen die Mobilmachung und Eröffnung der Feindseligkeiten gegen die Hierarchie, welche dem Staate in übermüthiger Weise den Krieg erklärt hat. Und es ist eine bemerkenswerthe Fügung, daß wieder wie vor zwei Jahren Gmü der Schauplatz ist, auf welchem das wichtige Ereigniß sich abspielt, und daß wieder wie damals Graf Eulenburg die Aufgabe hat, Sr. Maj. die Rathschläge des Ministeriums vorzutragen.

Wir wollen keine Ruß-Deutschen haben, deshalb sollen sich die Bewohner des neuen Reichslandes selbst erklären, ob sie für die Zukunft Franzosen oder Deutsche sein wollen. Wählen können sie, und dieses Wahlverfahren nennt man Option. Bis jetzt hört man widersprechende Nachrichten. In Straßburg und Metz haben sich Söhne und Töchter gegen die Eltern verschworen: die Söhne wollen um keinen Preis die Vögelhabe tragen und die Töchter keinen Preußen heirathen; was bleibt also den armen Eltern übrig? Sie müssen auswandern, nach Frankreich hinein. Bis zum 1. October steht Jedem die Wahl frei, wer aber dann für Frankreich optirt hat und doch nicht ausgewandert ist, wird entweder ausgewiesen, oder trotz der Option als Deutscher behandelt.

Wie man der „D. Ztg.“ aus Berlin mittheilt, wird der deutsche Kaiser bei seinem diesmaligen Aufenthalte in Gastein vom Fürsten Bismarck, sowie dem ganzen diplomatischen und militärischen Kabinete begleitet sein. Ferner berichtet man demselben Blatte, daß die Theilnahme der Kaiserin von Oesterreich an dem Besuche in Berlin nunmehr entschieden sei. — Nach Nachrichten aus Gastein ist

das dortige Badeschloß vom 1. August ab für den deutschen Kaiser gemiethet worden.

Als Gegenstände, mit welchen sich die bevorstehende Konferenz über die soziale Frage in Berlin zu beschäftigen haben wird (zu derselben sollen auch Arbeitgeber und Arbeiter verschiedener Richtungen zugezogen werden), werden folgende bezeichnet: Maximum der Arbeitszeit, Ausschließung der Sonntagsarbeit, Schutz der Kinder und jugendlichen Arbeiter in Fabriken, wirksame Kontrolle ungerechter Fabrikordnungen, Errichtung von Fortbildungs-Anstalten, Konsumvereine, Speiseanstalten, Volksgärten, Sparlassen, Baugenossenschaften, Kranken- und Invalidenlassen. Ferner, und das wird wohl die Hauptsache werden, will man über Mittel berathen, wie dem Mißbrauch des Koalitionsrechts zu steuern und das unbefugte Verlassen der Arbeit zu verhindern und wie den sozialistischen Agitationen vorzubeugen ist.

Der „Spen. Zeitung“ zufolge bestätigt es sich, daß der Generalpostdirector Stephan bei seiner Anwesenheit in Moskau für das Zustandekommen eines europäischen Postcongresses unter Einführung eines Welt-Portos thätig gewesen ist. Seine Bemühungen sollen Aussicht auf Erfolg haben. Man versichert, daß die Schwierigkeiten, welche wegen des noch bestehenden internen russischen Portos erhoben worden, nicht beträchtlich genug seien, um den großen Plan zu schädigen.

Die Umwandlung der bayerischen Armee nach preuß. Muster ist vollzogen bis auf die Seconde- und Premierlieutenants und die Portepfeifabriken, bis auf die Hosenknöpfe und Halsbinden. Nur die Pfeifer fehlen den Bayern noch, offenbar schlägt man dort die belebende Wirkung der Querpfeifen noch nicht hoch genug an. Boöbast bemerkt dazu die „Bad. Landesztg.“: „An der belebenden Wirkung wird man kaum noch zweifeln, nachdem sie kürzlich in Straßburg einen Professor und einen Kreisdirector zum Todschlagen gebracht hat. Hoffentlich geht Bayern in sich und kommt zu dem Erkenntniß, daß, wenn einmal in ein Horn geblasen wird, auch nach derselben Pfeife getanzt werden muß.“

Die Schmuckstücken der Kaiserin Eugenie, die in London zum Verkauf ausgestellt waren, sind gut bezahlt worden. Es sind dafür 600.000 Gulden gelöst worden.

Abermals zeigt sich ein dringender Anlaß zu ernster Warnung vor Auswanderungsgefahren. Zwischen dem Präsidenten der brasilianischen Provinz Rio Grande do Sul und mehreren Privatpersonen ist ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen letztere sich verpflichten, 40.000 europäische Einwanderer, darunter 20.000 Deutsche, in die Provinz einzuführen. Der Vertrag enthält sehr genaue Bestimmungen